

BRAINSTORMING ZUR VOLKSINITIATIVE

Bedingungsloses Grundeinkommen

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 4. Oktober 2013 «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 110a Bedingungsloses Grundeinkommen

¹ Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

² Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.

³ Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.

Inhalt

BRAINSTORMING ZUR VOLKSINITIATIVE.....	1
Brainstormingtreff von Parteilfrei SG am Montag 9.5.2016 in St. Gallen	2
Probleme, die zu Ideen wie ein bGE führen	2
Positive Auswirkungen vom bGE-Kulturimpuls	3
Erwartete/erhoffte eher positive Auswirkungen des bGEs	3
Erwartete eher negative Auswirkungen des bGEs	4
Finanzierungsideen des Initiativkomitees.....	5
Kritik an Finanzierungsplan von Initiativkomitee und Bund	5
Mögliche Alternativen zum (neoliberalen) bGE.....	6
Kritik an den meisten alternativen Ansatzpunkten	7
Nachtrag 10.5.2016/VAI: Sinn und Zweck von Wunschträumen	7
Wer wird wie abstimmen, warum?	8
FAZIT Luzia Osterwalder.....	8
FAZIT Reto Schellenberg.....	9
FAZIT IRENE VARGA	9
FAZIT Werner Rüdissühli.....	9
WEITERE INFORMATIONEN.....	9

Brainstormingtreff von Parteilfrei SG am Montag 9.5.2016 in St. Gallen

Teilnehmende: Luzia Osterwalder, Erich Rohrer, Reto Schellenberg, Werner Rüdüsühli, C.B., B.G., H.M., HR.W., H.L. und Irene Varga treffen sich zum öffentlichen Brainstorming im Restaurant Papagei.

Probleme, die zu Ideen wie ein bGE führen

ELITÄRE SICHT:

- Produkte und Dienstleistungen brauchen Käufer. Von Seite der Elite her gedacht: «sinnlos», wenn sie selbst den Konsum der Käufer finanzieren müssten (z.B: Sozialhilfe via progressiver Steuer) – sinnvoll resp. lukrativ, wenn Spareinlagen der Besserverdienenden zu Konsum der Knapp-Verdienenden wird. Das bGE ist die ideale Lösung für horizontale Umverteilung an der «Basis» (von Mitte nach Unten) und für Umverteilung von Unten und Mitte nach Oben (via Konsum, via «das bGE kommt beim Vermögen oben drauf»).

WR: Ganz egal, wie verteilt wird, grundsätzlich kann im kapitalistischen System nie gerecht verteilt werden. Das BGE würde mindestens bedeuten, dass die persönliche Bereicherung erst dann beginnen darf, wenn ein „menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben für alle ermöglicht ist“. Wie das erreicht wird, ist sekundär.

VAI: Grundlegendes zu Verteilung s. (5) (6)

SOZIALE SICHT:

- Hamsterrad: Produktivität nimmt ständig zu, dennoch werden viele Menschen im Arbeitsprozess gefangen gehalten (Bürokratie, unproduktive oder kontraproduktive Arbeiten: Steuerberatung u. ä.)
- Fusionen, Massenentlassungen: Fortschritte bei der Automation schaffen Roboter und Software und ersetzen so sehr viel menschliche Arbeiten
- Ständiger Konkurrenzkampf um immer rarer werdende Arbeitsplätze
- Lohndumping
- Nicht überall gibt es Mindestlöhne
- Emanzipation führte dazu, dass auch Frauen organisiert ausgebeutet werden und die Kinder vernachlässigt werden - WR: Während vor 50 Jahren noch ein Salär für die ganze Familie reichte, müssen heute schon zwei anpacken, um die Grundbedürfnisse bezahlen zu können. Dabei hat sich die Qualität der Ernährung extrem verschlechtert. Die Emanzipation bedeutet demnach, dass die Frauen jetzt auch im Hamsterrad mittun können. Angestrebt von Frauen sind natürlich Manger-Positionen. Da können sie dann an der Aufrechterhaltung des Systems mittun. Gratuliere zu dieser Freiheit!
- Wirtschaft und Politik stellen viele Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung (Finanzdienstleistungsbereich, Forschungsbereich, Lehre, Militär etc.), die oft dem Ausbau von Vorrechten, Vermögen und Macht der Privilegierten dienen statt der Natur und der Menschheit.

– Darum ist selbst Arbeit, die geistig erfüllend ist und gut bezahlt ist, eine Ausbeutung der arbeitenden Menschen.

- In der «Brot und Spiele» Welt leben viele Menschen kontaktarm oder mit oberflächlichen Kontakten
- Viele Menschen haben keine Zeit für politisches Denken und Forschen LO: u/o Spiritualität
- Zunehmende Ungleichverteilung, ausdünnen des Mittelstandes
- Wachstumswahn und Wegwerfgesellschaft und Ressourcenverschleiss
- Selbstversorgung ist heute kaum mehr möglich (Überbevölkerung, einseitige Besitzverhältnisse, LO: oder schlicht aus Zeitmangel – es müssen ja alle Geld verdienen)
- Sicherheit fehlt und wird nur unter grossen Schikanen teilweise geliefert (ALV, Sozialamt u. ä.)
- Zunehmend sozial ungerechte Steuern sowie Gebühren beim Endkonsument statt bei den Hauptprofiteuren der Volkswirtschaft
- Klassen werden (laufend) geschaffen und gegeneinander ausgespielt – teile und herrsche WR: Die Klassen existieren schon lange! Im Kapitalismus sind das die Kapitalisten und Proletariat!
- Menschen haben zu wenig spirituelles Bewusstsein
- Schweiz ist ein Hochpreisland LO: (wurde durch neoliberale Politik zu einer Hochpreisinsel)

WR: WEITERE PROBLEME:

Hier habe ich (auf der Suche nach Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft) noch einen interessanten Beitrag gefunden, der vor allem Irene und Luzia interessieren dürfte: (9) Auszug:

"Was kann man da machen? Weniger Schnitzel verschlingen, klar. Aber das reicht nicht. Es gibt eine bessere Lösung für Schweine und Menschen. Sie liegt nicht in Demos gegen Tierfabriken und Discounter. Die Lösung heisst Marktwirtschaft. Sie ist, sagt Reichholf, "der einzige effiziente Tierschutz. Der Hauptgrund für die systematische Tierquälerei heisst Subvention. Bauern sind heute Planwirtschaftler. Die Hälfte des EU-Budgets besteht aus Agrarsubventionen. Wir zahlen alles über Umwege: das billige Schnitzel, Unsummen für Wasser, Düngemittelsubvention, Abwasser der Schweinefarmen."

VAI: Das heute der Staat vor allem die Grossen stützt statt die Kleinen schützt und darum viel Unsinn betreibt, heisst nicht, dass «die unsichtbare Markthand» alles erheblich besser regulieren würde. Siehe dazu (10)

Positive Auswirkungen vom bGE-Kulturimpuls

Auch schlechte, neoliberale Ideen und Pläne bringen positive «Abfallprodukte» hervor: Dank dem bGE-Kulturimpuls beteiligen sich sehr viele Menschen an Diskussionen rund um allerlei Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten und nahmen zum ersten Mal in ihrem Leben an Unterschriftensammlungen teil.

Dank bGE-Kulturimpuls wurden einige Menschen «politisiert». So auch Irene Varga.

Erwartete/erhoffte eher positive Auswirkungen des bGEs

FALLS DAS BGE GENÜGEND HOCH IST UND GENÜGEND HOCH BLEIBT

- bGE hilft als «Übergangslösung» beim Überwinden des Kapitalismus (falls bGE genügend hoch und andere Sozialleistungen bestehen bleiben)

WR: Es gibt kein „falls“. Der Initiativtext ist klar und deutlich!

VAI: nichts ist fix, «Teilnahme» und «menschenwürdig» sind extrem dehnbar.

Das Wissen um bedingungslose Hilfeleistung hilft gegen Existenzangst und schenkt darum psychische Freiheit

- bGE liesse eine gewisse Décroissance zu (durch neue Aussteiger resp. Absteiger)
- mit bGE gäbe es mehr unbezahlte aber unbezahlbar wertvolle Leitungen, weil sich dann alle ehrenamtliche Engagements leisten könnten
- **LO: die Menschen hätten Zeit, sich grundsätzlich Sinnfragen zu stellen und mehr Verantwortung für Tun und Handeln zu übernehmen. Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen**
- **LO: Handwerk und Handarbeit könnte wieder mehr Wert haben, wäre nachhaltiger, weil regional**

Erwartete eher negative Auswirkungen des bGEs

- mehr Konsum (nur, wenn Menschen mehr Geld bekommen als heute resp. wenn jene die sparen, den höheren Konsum jener finanzieren werden, die heute auf vieles verzichten müssen)
- weniger Konsum weil viele Verlierer: bGE substituierte Löhne, Renten, Sozialhilfeleistungen werden weniger Kaufkraft haben, denn alles wird teurer (20 – 100% MWST Aufschlag)
WR: Auch nicht richtig. Ganz egal wieviel MWST, das BGE muss unter dem Strich ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, mit Teilnahme am öffentlichen Leben.
VAI: Hier geht es nicht um die Kaufkraft der BGE-Empfänger, sondern solche, die VOR dem bGE-System besser dastanden: Arbeitnehmende, Rentner, evtl. sogar die Sozialhilfeempfänger. Bei all diesen Gruppen gibt es solche, die heute mehr haben. Man kann bloss staunen, was manche Menschen als «menschenwürdiges Leben» definieren. Z.B.: Vasella: «Novartis stellt sicher, dass die Tiere in allen Betrieben menschenwürdig behandelt und artgerecht gehalten werden» - Erwin Kessler (VgT) darf ihn allerdings weiterhin mit richterlichem Segen und völlig richtig als Tierquäler bezeichnen. (7)
- Entwicklung zu «Flat»-Sozialabzug beim Lohn statt prozentuale oder progressive Staatsbelastung für sozial wichtige Projekte und Aufgaben
- Weniger bezahlte Produkte und Leistungen, falls Wirtschaft auf Arbeitskräfte angewiesen wäre aber sich dennoch viele für ein «Aussteigen» entscheiden. *WR: Bitte unbedingt einmal lesen: <http://www.5-stunden-woche.de/band1.pdf> da wird aufgezeigt, wie wir uns nicht nur physisch sondern auch psychisch (im Denken über die Realität) im Hamsterrad bewegen!*
- Giesskannensystem erfordert gigantische horizontale Umverteilungen und führt zu Umverteilung nach oben: das bGE wächst in den Lohn, aber nicht ins Vermögen und den Gewinn von Privatiern, Selbständigen, Unternehmen u. ä. *WR: Das Giesskannensystem würde bei den „Grenzverdienern“ die Frage stellen, ob sich die Arbeit überhaupt noch lohnt. Viele würden wahrscheinlich aussteigen und so die Überproduktion eindämmen.*
- Wir sind der Frosch im Wasserglas, welches allmählich aufgeheizt wird: die bGE-Idee hat gute Pluspunkte, welche den Blick vernebeln auf die mitschwingenden Gefahren: beschleunigter neoliberaler Sozialstaatabbau, ausdorrender bGE Topf, noch schneller verfallende Sozialleistungen, Downsizing der bGE Höhe auf Asyl-Notgeld-niveau (CHF 400.-) oder Harz IV Niveau (370 EUR) *WR: Immer wieder: egal! Der Initiativtext ist klar! Alles andere ist eine Frage des Kampfes!*
- Auch wenn Niveau schlecht, kann es zu Sogwirkung auf das Ausland kommen mit den entsprechenden Migrationslawinen. Wieviel Sperrfrist könnte das hemmen? 5 Jahre? 10 Jahre?

20 Jahre? – Dadurch weitere destruktive Klassenspaltungen. WR: Wenn die Schweizer so weit sind, dass sie ein bGE durchsetzen, habe ich keine Angst vor Klassenspaltung.

- Das bGE-Projekt ist Brot und Spiele für Anspruchsvolle – Menschen werden auch politisch im Beschäftigungstaumel behalten. WR: Solange es Klassen gibt, wird die herrschende Klasse immer für ihre Privilegien kämpfen...

Finanzierungs Ideen des Initiativkomitees

- bGE-Topf finanzieren aus Teilen vom Einkommen, von der Rente, vom Sozialhilfegeld, Gelder von IV, ALV, UV (ohne PK) - «Wächst in den Lohn (und in die Sozialleistungen) hinein» - D. h. also bGE-Abzug beim Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber hingegen zahlt «bloss» eine «Gebühr» in den bGE Topf und keinen AHV-Anteil mehr auf den bGE Lohnanteil (ansonsten ginge das Versprechen nicht auf, dass die Arbeit durch bGE für Unternehmen günstiger werden würde.
- MWST Erhöhungen
- Direkte Bundessteuer «gestaffelte Flattax»
- Oswald Sigg: Mikrosteuer auf Zahlungsverkehr (3)

Kritik an Finanzierungsplan von Initiativkomitee und Bund

- Nicht ein einziger zusätzlicher Aussteiger und Arbeitsloser ist in die Berechnungen eingerechnet, obwohl seitens der Initianten mit Robotern geworben wird, und obwohl es im Sozialbereich zu effizienteren Prozessen käme und dadurch Arbeitskräfte «frei» würden. WR: Die Arbeitszeit muss generell verkürzt werden – eine zwingende Logik in einer Gesellschaft mit derart entwickelten Produktionsweise. Es braucht dringend eine massive Verkürzung der Arbeitszeit. Siehe Dante!
- Statt der Unternehmen, Fonds, Stiftungen, deren Profiteure und Besitzer würden vermehrt die heute noch besser verdienenden Lohnabhängigen die Last der sozialen Abfederung der Geringverdienenden und «Ausgesteuerten» übernehmen. Sie würden auch die Umverteilung nach oben leisten (bGE kommt beim Vermögen «oben drauf») (horizontale Umverteilung an der «Basis»)
- MWST ist eine extrem asoziale weil degressive Steuer: der Geringverdiener muss (fast) alles verkonsumieren, der Reiche konsumiert hingegen im Verhältnis zu seinem Einkommen und Vermögen verschwindend wenig. Der Reiche investiert und spekuliert (MWST-frei). WR: Eine Investition ist auch ein Kauf! VAI: nur kann die Belastung via Vorsteuerabzug wieder rückgefordert werden: netto bezahlt der Grossinvestor keine MWST – nur beim Kleinen bleibt sie hängen, wie er mit den Preisen nicht mitbieten kann.
- Die meisten vorgeschlagenen Steuerarten wollen Arbeitende d.h. ihre Löhne belasten, also eine schrumpfende Quelle (Dumpinglohn, Roboter, Auslagerung)
- Ungleichverteilung würde eher und noch beschleunigt zu statt abnehmen und weitere Ausdünnung des Mittelstandes bewirken WR: Warum dieser Einsatz für den Mittelstand, als ob das die gelobte Mittel“Klasse“ wäre?! Im Mittelstand tummeln sich doch genau die Leute, welche das Rüebli etwas näher an der Nase haben als die Arbeiter; sich entsprechend mehr prostituieren und entsprechend mehr Prestige-Güter kaufen müssen, um sich über die gewöhnlichen Arbeiter erhaben zu fühlen. Das ist doch genau die Schicht, die nach oben kuschelt und nach unten blockiert!

- Falls Arbeit durch bGE günstiger wird, stellt sich die Frage, ob solche Preisvorteile an den Konsumenten weitergegeben werden würden d.h. potentielle Umverteilungschance an alle Marktführer von unten nach oben
- Beschleunigtes Monopoly auf der Anbieterseite: Unternehmen mit schwacher Marge müssten höhere MWST selbst stemmen, dies kann das Aus für sie bedeuten. Automatisierte Industrie gegenüber personalintensiven Finanzdienstleistern (bGE-Lohn-Einbehaltung) benachteiligt. **LO: Muss kein Nachteil sein – wer Maschinen (statt Menschen) einsetzt um Produkte oder Dienstleistungen zu erbringen müsste eine spezielle Steuer bezahlen, welche den Menschen zu gut kommt. Wichtig wäre, dass das Gemeinwohl (Umgang mit Ressourcen usw.) mehr Nutzen hat, als Schaden.**
- Mikrosteuer: siehe dazu auch das PFSG-Brainstorming zu den (asozialen) Folgen einer Mikrosteuer (4)

Mögliche Alternativen zum (neoliberalen) bGE

- Soziales bGE: korrigierende Rückverteilung an die, die es brauchen (im richtigen Mass) und denen zu viel weggenommen wurde (In- und Ausland)
SCHRITTWEISE ANNÄHERUNG AN BGE-GESELLSCHAFT:
 - Echt (nicht ausflachend) progressive Steuern auf Einkommen, Vermögen, Kapital, Erbschaften, Gewinne, Börsentransaktionen, Kapitaltransfer u.ä.
 - Korrigierende Rückverteilung im Umfang der erzielten sozialgerechten «Korrektur»: AHV Alter-Senkung, Wochenarbeitszeit-Senkung, mehr Ferien, Sabbaticals etc. (Gesellschaft mit Trend Richtung soziales bGE)
- Gemeinwohlökonomie
- Ernährungssouveränität
- Finanztransaktionssteuer (Börse) **WR: Abschaffung und Verbot der Börse!**
- «Minussteuern»: wer zu wenig hat, wird von der Gesellschaft getragen
- Energiesteuer – Parteifrei SG Brainstorming mit Abschätzung der (asozialen) Folgen s. (4)
- Obsoleszenz-Strafen **LO: (beachte Negativkriterien in der Gemeinwohl-Bilanz www.ecogood.org)**
- Unternehmenssteuern
- Roboter-Steuer, Software-Steuern
- Privatisierungstrends und Gewinnmöglichkeiten eher rückgängig machen statt weitertreiben (Wasser, Energie, Luft, Mobilität, Kommunikation, Sicherheit, **LO: Gesundheitswesen** etc.)
- Soziales bGE 3500 – 6000.- bei rein finanziellem bGE – mit stufenweisem bGE (ähnlich Jörimann-Tabelle)
- Materielles bGE: kostenlose Leistungen: Gassenküche (gesunde Nahrungsmittel), Sozialwohnung (auf bescheidenem Niveau), GA, Bildung & Kultur
- Selbstvertrieb der Landwirte, Vertragslandwirtschaft
- Pensionskasse raschest möglich abschaffen, denn durch PK und deren Zwangssparen und Zwangsspekulationen und Zwangsrenditen werden Land und Immobilien übersteuert
- Bodenrechtssteuer (Boden nur noch pachten statt besitzen unter Verwaltung des Staates)
 - Werner Rüdüsühli: (sinngemäss) wichtige Weiche für Überwindung vom Kapitalismus

- Irene Varga: Staatsmacht zu konzentriert und darum missbrauchsanfällig. Besser Privates zulassen, aber (als Ziel) jegliche Machtkonzentration via Obergrenzen verhindern **WR: das private Menschsein zulassen und die 1. Grundlage aller Menschen, die Erde, sozialisieren!**
- Neben der gesellschaftlichen Sicherung der Existenz sollen auch Mitbeteiligungsmöglichkeiten (Anteilnahme an Aufgaben) geboten werden – der Mensch ist glücklich, wenn er gebraucht wird und sich einbringen darf
- Mengenoptimierung:
 - bGE bekommt nur, wer es braucht und in der «passenden» Höhe (partielles bGE)
 - «bGE bekommt nur, wer bGE-JA gestimmt hat».
 - Beurteilung 10.5.2016/Vai:
 - würde dazu führen, dass fast alle JA sagen müssten
 - maximale Individualisierung und Staatszerfall ganz im Sinne der Neoliberalen (teile und herrsche) – Gleichsam würden dann auch nur jene in die Finanzierung einbezogen werden wollen, die ein Projekt befürwortet haben). Das wäre dann kein Staat und keine Demokratie mehr, sondern je nach Projekt eine geschlossene Gesellschaft umgeben von vielen anderen geschlossenen Gesellschaften. Chaos ahoi. **LO: Ich hatte diesen Einwurf von Erich als Witz aufgefasst. 😊**

Kritik an den meisten alternativen Ansatzpunkten

Werner Rüdüsühli: (sinngemäss) wer am Kapitalismus herum baut und bastelt, landet nie in der Welt von Marx - sprich in besseren und gerechteren Verhältnissen. Steuern sind Raub. Privateigentum gehört abgeschafft. **WR: Irene empfehle ich die Teilnahme an den Marxschulungen. Heute abend ab 19.00 Uhr an der Kugelgasse. Wir wollen und werden niemals in einer Welt von Marx landen. Marx war Analytiker der menschlichen Gesellschaft und hat den Einfluss der Wirtschaft auf unser Leben/Sterben aufgezeigt. Mit den Steuern finanzieren wir übrigens das Verwaltungssystem unserer eigenen Unterdrückung mit – ganz gleich wie diese erhoben werden!**

C.B.: Die ganze Diskussion ist eine Diskussion um Wunschträume.

Nachtrag 10.5.2016/VAI: Sinn und Zweck von Wunschträumen

Die Lösung liegt jenseits der sich selbst gesetzten Grenzen. Wer sich Ziele nur in jenem Rahmen denkt, der gegeben ist – d.h. sich nur Zielen zuwendet die kurzfristig «realisierbar» sind, wird stets in den Umständen der Begebenheiten gefangen bleiben.

Ziele, die dem erdenklichen weitest gehenden Ideal entsprechen – also «Wunschträume» - helfen, um aktuelle Trends und Trendänderungen und Abstimmungsentscheidungen besser einordnen zu können: sie helfen, Richtungen und Richtungsänderungen danach zu beurteilen, ob sie der Zielerreichung förderlich oder hinderlich sind. Sie helfen Weichen für die richtigen Richtungen zu stellen.

Ja, einer allein kann nichts ausrichten. Aber viele zusammen, sehr wohl. Man soll also all jene finden, die meinen, sie seien allein. Und man soll sich üben im Immunwerden gegen Angriffe mit Zweck «teilen

und herrschen. Der Feind ist nicht «SP» oder «SVP», sondern jegliche Vorlagen jeglicher Lager, die mithelfen, das Monopoly zu beschleunigen.

Wer wird wie abstimmen, warum?

NEOLIBERALES JA

- Die Elite und ihre Vasallen stimmen JA, weil via bGE langfristig jeglicher Sozialstaat bezüglich Umverteilung-von-oben-nach-unten und Schutzrechte noch schneller abgebaut werden können. Die Hauptlast werden jene tragen, die für Leistungen nach oben belohnt werden, also der (heute noch) gutverdienende Mittelstand.
- Der Wirbel rund um das (neoliberale) bGE hilft, MWST, Mikrosteuer und EU salonfähig resp. beliebt und begehrt zu machen.
- Der Wirbel rund um das (neoliberale) bGE setzt den Hirnwurm: dass die Umstände perfekt verbessert werden können, ohne Belastung der Reichsten.
- Der Wirbel um CHF 2500.- resp. um die «ideale bGE-Höhe» hilft einen mentalen Ankerpunkt zu setzen – dieser kann dann leichter für Down-Nivellierung ausgenützt werden d.h. für neue (fallende) Obergrenzen für Ergänzungsleistungen, Sozialleistungen u.ä.

SOZIALPOLITISCHES JA

- Viele – auch Rot/Grün stimmen JA aus Protest – um ein Zeichen zu setzen - gegen aktuelle Missstände im festen Glauben dies risikolos tun zu können, weil die Mehrheit ohnehin nein sagen werde.
- Viele stimmen JA aus Hoffnung auf gesicherte finanzielle Verhältnisse für viele
- Werner Rüdüsühli stimmt JA, weil er das bGE als «Überbrückungshilfe» sieht beim Ausstieg aus dem Kapitalismus
- Erich Rohrer stimmt JA, damit die Diskussion ums bGE und die sozialen Verhältnisse wach bleibt

BÜRGERLICHES NEIN

- Besser Verdienende (Mittelstand) stimmen NEIN um nicht noch mehr Last des Staates tragen zu müssen
- NEIN zu 52 Wochen Ferien werden viele sagen, die zu 6 Wochen Ferien NEIN gesagt haben
- NEIN zu Rentenalter 0 werden viele sagen, die eine Rentenalter-Erhöhung für notwendig erachten.

SOZIALPOLITISCHES NEIN

Ein neoliberales bGE verstellt den Blick auf die Schritte, die nötig wären, um Spitzen von Vermögen und Macht zu brechen, um einen Weg Richtung soziales bGE und Zivilisation statt Monopoly Schritt um Schritt gehen zu können – Darum ein NEIN von Irene Varga. Details (2).

FAZIT Luzia Osterwalder

Trotz all der Haken und Probleme, werde ich JA stimmen. Wenn nötig, werde ich mich mit Referenden für ein soziales bGE einsetzen, welches gerecht finanziert wird.

FAZIT Reto Schellenberg

NEIN: Für mich geht die Initiative zu weit. Ich denke, das bedingungslose Einkommen, wie es jetzt daherkommt ist auf die Dauer nicht zahlbar. Ich bin dafür, dass man die Leute unterstützt, die wirklich in Not sind.

FAZIT IRENE VARGA

NEIN zum neoliberalen bGE: Eine Big-Bang-Einführung vom bGE ist heute neoliberal angedacht bezüglich der Finanzierung und Auszahlung: hauptsächlich via Belastung vom Mittelstand. Darum: erst die Arbeit (sozialgerechte Steuerquellen erschliessen) – dann das Vergnügen (allmähliches Hineinwachsen in eine bGE-Gesellschaft: via Arbeitszeitverkürzung, AHV-Rentenalter Senkungen, Elternurlaub, Sabbaticals, materielles bGE u. ä.). S. Details (2).

FAZIT Werner Rüdüsühli

JA! Alles Gerede um Neoliberal und Umverteilung kaschiert nur die Angst vor einer radikalen Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Die Finanzierung ist NULL Thema. Es sind alles nur fiktive Modelle. Klar ist: auch die „Mausarmen“ leben sogar unter den bestehenden Verhältnissen am Existenzminimum. Das ist für mich z.B. 2'730.—monatlich. Weil aber der Initiativtext klar ein menschenwürdiges Leben und die Teilnahme am öffentlichen Leben festschreibt, (wie das übrigens Erich auch beschreibt) ist diese Diskussion absolut überflüssig! Würde das BGE unter das Existenzminimum fallen, wäre es nicht gesetzeskonform! Im übrigen will gerade der Mittelstand mehr Schein als Sein (und sicher viele andere auch noch). Sie wären also gezwungen, die gesellschaftliche Waren-Produktion am Leben zu erhalten, um über das Existenzminimum hinaus entlohnt zu werden. Vielleicht geht dann auch hier einmal ein Lämpchen auf!

WEITERE INFORMATIONEN

(1) Abstimmungsinformationen & Abstimmungsbroschüre

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20160605.html>

(2) soziales statt neoliberales bGE

<https://inabea.wordpress.com/2013/08/09/297/>

(3) Oswald Sigg – Mikrosteuer - <http://www.grundeinkommen.ch/die-loesung-heisst-mikrosteuer/>

- (4) Brainstorming der Parteilreien zur (neoliberalen) Mikrosteuer und auch zur «Energiesteuer statt MWST» <http://parteilrei-sg.ch/themen/>
- (5) Globales Ungleichgewicht bei der Vermögensverteilung – leicht verständlich – Update – (Englisch) https://www.youtube.com/watch?v=ligtJDiHI_k
- (6) Vermögen in den USA, Ideal und Wirklichkeit (brilliant Visualisierung) <https://www.youtube.com/watch?v=myeTFquSNMA>
- (7) http://www.vgt.ch/justizwillkuer/vasella-novartis/beilage_10_gutachten_walz.pdf
- (8) <http://www.vgt.ch/pressespiegel/120414-tages-anzeiger.pdf>
- (9) <https://utopia.de/0/blog/gruener-leben/die-loesung-heisst-marktwirtschaft>
- (10) System Error: Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt http://www.amazon.de/System-Error-Warum-freie-Unfreiheit/dp/3938060417/ref=sr_1_1?ie=UTF8&qid=1463069010&sr=8-1&keywords=thielemann+error